



► **Alexander Gauland** ist Deutschlands bekanntester Nachbar, der einst meinte, eine Mehrheit wolle nicht neben Menschen wie Fußball-Nationalspieler Jérôme Boateng leben. Rechtslastige Provokationen wie diese haben den Mann, der im Bundestagswahlkampf **AfD-Spitzenkandidat** war, berühmt und berüchtigt gemacht. In Talkshows ist er deswegen ein gern gesehener Gast. Für gezielte ver-sehentliche Provokationen ist er immer gut, was das Echo auf die Sendungen nur vergrößert.



Das allabendliche Palaver: Donnerstags wird bei „Maybrit Illner“ (Zweite von links) über Politik gesprochen. Und vor allem dazwischengesprochen. In diesem Fall mit (von links) Gesine Schwan (SPD), Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen), Joachim Herrmann (CSU) und Wolfgang Kubicki (FDP). Foto: dpa

„Ein Zerrbild der Realität“

DEBATTE Talkshows stehen nach Bundestagswahl wegen hoher Präsenz der AfD-Themen in der Kritik

Von Mario Thurnes

HAMBURG/MAINZ. Nun hat es ihn doch noch erwischt: Nach der Sitzung des Fernsehrats ist ZDF-Intendant Thomas Bellut Fragen nach einem Zuviel an Talkshows im Fernsehen noch ausgewichen. Im ZDF laufe mit „Maybrit Illner“ nur eine politische Talkshow – „mit gutem Grund“. Dazu käme noch „Markus Lanz“, aber das sei „eher eine Unterhaltungssendung“.

Nun aber hatte eben jener Markus Lanz für Dienstag den designierten AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland eingeladen – und sich damit mitten in eine Kritik manövriert, die seit dem Wahlabend läuft: Schon in der „Berliner Runde“ hatten die Spitzenkandidaten von SPD und CSU, Martin Schulz und Joachim Herrmann, den öffentlich-rechtlichen Sendern eine Mitschuld am Ergebnis der AfD gegeben.

Die Kritik an der politischen Talkshow ist alt und entzündet sich jetzt durch die AfD neu. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat nach der Wahl gegenüber der „Zeit“ gesagt:

„Tabubrüche dürfen sich nicht auszahlen: Wer für jede neue Provokation eine neue Einladung in eine Talkshow erhält, fühlt sich zum Provozieren ermuntert.“ Er beklagte, Protestparteien erhielten „zu sehr eine Bühne“ geboten.

„**Wir haben mit Maybrit Illner aus gutem Grund nur eine politische Talkshow.**“

Thomas Bellut, Intendant des ZDF

Diese Kritik teilt die medienpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Tabea Rößner: „Die Information kommt zu kurz. Talkshows bieten manchen Politikern ein Forum, ohne dass deren Äußerungen eingeordnet werden können.“ So gelinge es nicht, programmatische Schwächen von Talkshow-Gästen aufzuzeigen. Stattdessen könnten sie sich ungestört präsentieren.

Die Talkshows seien ein „Zerrbild der Realität“, hat der SPD-

Bundestagsabgeordnete Marco Bülow in einem Meinungsbeitrag in der Wochenzeitung „Der Freitag“ geschrieben. Gerade in der Themenwahl gebe es ein „krasses Missverhältnis“. Jede vierte Sendung behandle das Thema Flüchtlinge, jede zweite den Themenkomplex Islam und Terrorismus. Rechte Gewalt indes käme kaum vor, ein Thema wie der Klimawandel gar nicht.

Die inhaltliche Kritik kommt auch aus den Reihen der Journalisten. So hat die HR-Redakteurin Esther Shapira gegenüber der „Jüdischen Allgemeinen“ eingeräumt: „Wir haben Fehler gemacht.“ Als Beispiel nannte sie den Umgang mit Gaulands Zitat, die Deutschen sollten stolz auf die „Leistungen“ ihrer Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg sein.

Statt sich über diese Aussage zu echauffieren, fordert Shapira, sollten Journalisten Gauland stellen. Durch ruhiges, aber beharrliches Nachfragen sollten sie klären, ob die Deutschen auch auf die Beteiligung der Soldaten am Vernichtungskrieg oder am millionenfachen Judenmord stolz sein sollten.

Der Journalist Hans Hütt hat sich im „Kursbuch“ mit der Frage beschäftigt, warum Talkshows den Zuschauern keinen Erkenntnisgewinn brächten. Etwa wenn Akteure wie die ehemalige AfD-Chefin Frauke Petry gezieltes Dazwischenreden als

„**Die Information kommt zu kurz. Talkshows bieten manchen Politikern ein Forum, ohne dass deren Äußerungen eingeordnet werden können.**“

Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

Mittel einsetzen, um eine inhaltliche Erörterung zu verhindern. So verkämen die Talkshows zu einer „Simulation des politischen Betriebs“, der ein Bild von politischer Stabilität vermittele, das trügerisch sei. Motive, die sich in der aktuel-

len Kritik am Gauland-Auftritt bei Markus Lanz wiederfinden: So wirft ihm die Berliner Morgenpost etwa vor, er habe dem AfD-Mann Thesen durchgehen lassen, ohne diese zu hinterfragen. Etwa, dass seine Partei nicht völkisch sei.

Bellut nimmt seinen Talker grundsätzlich in Schutz. Es sei richtig, dass auch in dem „Unterhaltungsformat“ Politiker auftauchten. Denn diese gehörten zum bunten Leben nun mal dazu. Und es gebe entsprechende Auflagen. Etwa dass Lanz in den sechs Wochen vor einer wichtigen Wahl keinen Politiker einladen dürfe.

ARD-Chefredakteur Rainald Becker verteidigt die Programmpolitik seines Hauses: Die Themen der AfD seien im Wahlkampf immer wieder Thema gewesen und deswegen auch im Ersten entsprechend behandelt worden. Ohnehin informierten sich deren Anhänger vorwiegend im Netz. Die Öffentlich-Rechtlichen spielten bei denen „eher eine untergeordnete Rolle“. Den Vertrag mit Anne Will hat die ARD kurz vor der Wahl bis 2020 verlängert.